



# EU-Pharmareform: Fortschritt im Schatten fiskalischer Fragilität

Ute Pappelbaum

**Am 11. Dezember 2025 einigten sich Parlament, Rat und Kommission auf einen Kompromiss zur Reform der EU-Pharmagesetzgebung. Es ist das Ergebnis jahrelanger Verhandlungen – und zugleich der Auftakt zur eigentlichen Herausforderung: der Finanzierung einer innovationsfähigen, krisenfesten Arzneimittelversorgung in einem fiskalisch fragmentierten Europa.**

## Systemimpuls ohne Systemlösung

Die Reform markiert den größten Eingriff in das europäische Arzneimittelrecht seit zwei Jahrzehnten. Neue regulatorische Werkzeuge – beschleunigte Zulassungsverfahren, „Regulatory Sandboxes“, elektronische Produktinformationen – sollen Prozesse verschlanken und die Versorgung beschleunigen. Auch der Aufbau einer robusteren industriellen Basis in Europa steht im Zentrum: Forschung und Produktion im Binnenmarkt sollen gestärkt, strategische Abhängigkeiten reduziert werden.

Doch der politische Impuls trifft auf ein strukturell unterfinanziertes System. Nationale Gesundheitsbudgets stehen unter Druck, die fiskalische Divergenz zwischen Mitgliedstaaten wächst. Investitionen in pharmazeutische Innovation konkurrieren zunehmend mit den kurzfristigen Kosten der Versorgung. In diesem Spannungsfeld geraten langfristige Anreizstrukturen ins Wanken.

## Anreizsysteme auf dem Prüfstand

Besonders kritisch wird die Reform dort, wo sie bestehende Anreize zurückschneidet. Der modulare Vermarktungsschutz, reduzierte Schutzfristen, neue Berichtspflichten und erhöhte Umweltauflagen erzeugen regulatorische Unsicherheit – gerade für mittelständische Unternehmen. Der politische Wille zur Kontrolle trifft auf ökonomische Realität: Innovation entsteht nur, wenn Kapital sich rechnet. Die europäische Arzneimittelpolitik steht damit vor einem Grundproblem der Standortökonomie: Wie viel Regulierung verträgt der Markt, ohne seine Dynamik zu verlieren?

Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Unternehmen in den Bereichen Lieferengpassmanagement, Marktzugang und Umweltverträglichkeit. Jede dieser Pflichten ist sachlich nachvollziehbar – in der Summe aber finanzpolitisch brisant. Denn sie verschärfen die zentrale Asymmetrie: die Erwartung

an eine leistungsfähige Pharmaindustrie bei gleichzeitiger Erosion ihrer wirtschaftlichen Spielräume.

## Finanzarchitektur ohne Fundament

Hinter dem Kompromiss steht ein europäischer Grundwiderspruch: Die EU reguliert supranational, finanziert aber national. Das erschwert kohärente Investitionsanreize und blockiert eine koordinierte Innovationsstrategie. Während einige Mitgliedstaaten hohe Preise und lange Schutzfristen tolerieren können, fehlen anderen die fiskalischen Mittel zur Kompensation. Es entsteht ein Flickenteppich aus Zugangsbarrieren, Bürokratie und Investitionsrisiken.

Der Markt reagiert rational: Investitionen fließen dorthin, wo Rahmenbedingungen planbar, Kapitalkosten kalkulierbar und regulatorische Risiken überschaubar sind. In einem fragmentierten Europa verliert der Standort an Attraktivität – nicht durch fehlende Forschung, sondern durch mangelnde Finanzierungsperspektiven.

## Fragil, aber nicht chancenlos

Die EU-Pharmareform setzt richtige Impulse, verfehlt aber eine tragfähige Finanzierungsarchitektur. Die Umsetzung entscheidet nun darüber, ob sich der Systembruch vertieft – oder ob Europa es schafft, Versorgungssicherheit, Umweltziele und Innovationskraft fiskalisch zu balancieren. Das politische Ziel ist formuliert. Die ökonomische Basis steht noch aus.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947435/eu-pharmareform-2025-finanzierung-fragilitaet/>